

**An der ausserordentlichen Präsidentenkonferenz vom 4. Juli 2000 der Landeskonferenz der militärischen Dachverbände (LKMD) in Olten haben sich die Präsidenten einstimmig gegen die Umverteilungsinitiative (UMVI) ausgesprochen und fordern wiederholt eine rasche Volksabstimmung.**

## **U M V I**

**Dachverbände formieren sich für eine echte Milizarmee und gegen die Umverteilungsinitiative.**

Das Abstimmungsdatum der Umverteilungsinitiative ist endlich fixiert. Auf breiter Front wird der Kampf gegen die UMVI aufgenommen. Es ist

verantwortungslos, einen massiv reduzierten Maximalbetrag der Verteidigungsausgaben in der Verfassung festzuschreiben. Hilfswerke und Entwicklungshilfeorganisationen (eine Liste wird folgen) stehen auf der Seite der Armeegegner. Ja sogar das DEZA mischt mit und unterstützt mit 50'000.-- Fr. eine Broschüre mit Armeeausschaffungs-ideologe Peter Hug!

LKMD - Sissach, 4. Juli 2000. An einer ausserordentlichen Präsidentenkonferenz der Landeskonferenz der militärischen Dachverbände (LKMD) in Olten haben sich die Präsidenten einstimmig gegen die Umverteilungsinitiative (UMVI) ausgesprochen und fordern wiederholt eine rasche Volksabstimmung. Ebenso klar setzt sich die LKMD weiterhin und ganz entschieden für die Erhaltung einer echten vom Volk getragenen Milizarmee ein. Ihr Lösungsansatz: Durch das gezielte, auf den Bedarf abgestimmte Hinausschieben des Entlassungsalters aus der Armee, im Einvernehmen mit den Angehörigen der Armee (AdA), kann für den Fall eines nötigen personellen Aufwuchses eine Reserve von nicht mehr eingeteilten AdA geschaffen werden. Um fachlich à jour zu bleiben sollen sie ausserdienstlich Chancen in der Ausbildung erhalten. Die Aus- und Weiterbildung kann durch Vereinbarungen mit den bestehenden ausserdienstlichen Verbänden als Partner des VBS abgedeckt werden. So bleibt ein bestimmter Bestand von AdA noch eine Anzahl von Jahren eingebunden, und die militärischen Verbände sind durch die Übertragung von Aufgaben gefordert. Beides ist aus staatspolitischen Gründen unerlässlich. Kostenmässig dürfte eine derartige Lösung, gemessen am Gesamtbudget des VBS, kaum ins Gewicht fallen, da mit dieser Lösung das Dienstpflichtalter wie auch der Bestand an Personen, die noch Dienst leisten, auf die Entwicklung angepasst werden können.